

Tumasch Cathomen
Landrat Bürglen

Interpellation zur Vergabe des NEAT -Tunnelbauloses Erstfeld – Amsteg

Gestützt auf Artikel 84 der GO des Landrates ersuchen wir den Regierungsrat um Stellungnahme.

Die Pressemitteilungen der Alp Transit zur NEAT Vergabe des Tunnelbauloses Erstfeld - Amsteg hat uns Urnerinnen und Urner hellhörig gemacht. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier möchten mit dieser Interpellation ein klares Signal der Enttäuschung und der Besorgnis kundtun, aber auch im Sinn einer positiv-konstruktiven Politik handeln.

Wir sind nicht mehr gewillt, die Verzögerung dieser NEAT-Bauetappe hinzunehmen. Leicht könnten hinter dieser Vergabepolitik und Einsprachen Systematik oder Verzögerungstaktik vermutet werden.

Wir sind uns bewusst, dass auch Rechtsmittel ausgeschöpft werden dürfen und wollen die Situation als solche nicht nur negativ auslegen. Wer Einsprache erhebt, nimmt ein Recht wahr, welches wir nicht abstreiten wollen. Dieses Recht, den juristischen Spielraum zu nutzen, steht jedem zu. Aber nicht alles was recht ist, ist auch richtig und ein Rechtsstaat darf nicht ad absurdum geführt werden.

Irgendwo wurden aber Fehler gemacht, aber die damit ausgelöste Verzögerung ist inakzeptabel. Die Aussage des Informationschefs von Alp Transit Gotthard AG „Wie immer wir es machen, es ist wahrscheinlich, dass es zu einem Rekurs kommt.“, mag richtig sein, aber nützt uns in dieser Angelegenheit nichts. Was hier abgeht, wird vom Volk nicht mehr verstanden und akzeptiert. Wir wollen deshalb unseren Unmut auf diese Art klar kommunizieren. Wir vom Urner Parlament wollen im Namen des Volkes unser wahres Interesse einer möglichst schnellen Lösung kundtun! Was hier abgeht ist nur schwer nachvollziehbar und wir alle leiden darunter.

Auch die NEAT-Aufsichtsdelegation (NAD) empfiehlt dem Vorsteher UVEK, eine Prüfung aller Möglichkeiten in die Wege zu leiten, mit dem Ziel, dass die Bauarbeiten beim Los Erstfeld so schnell wie möglich an die Hand genommen werden können.

Unser Ansinnen: Es muss vorwärts gehen! Die Vergabe muss dem juristischen System standhalten. Da es sich auch um eine politische Frage und Dimension handelt, fordern wir Sie alle auf zu handeln und sich mit folgenden Fragen auseinander zu setzen:

- Täglich verlieren wir Tausende von Franken Staatsgelder. Wie hoch beziffert die Regierung den volkswirtschaftlichen Schaden für Uri und kann dieser je einmal kompensiert werden?
- Die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene wird mit dieser Entscheid verzögert und die Umweltbelastung dadurch systematisch ignoriert. Sie spielt plötzlich eine sekundäre Rolle. Wie stellt sich die Urner Regierung zu dieser Tatsache?

- Sind in Uri in diesem Zusammenhang Arbeitsplätze in Gefahr und wenn ja, wie viele?
- Auch Urner-Zulieferer verlieren den Mut und schlussendlich auch das Vertrauen. Sind Sie gleicher Meinung und welche Konsequenzen hat der Fall für vor- und nachgelagerte Betriebe?
- Wegen der Bauverzögerung, auch für das unterirdische Verzweigungswerk, läuft Uri Gefahr, dass ihm die unverschuldeten Kostensteigerungen einmal mehr von aussen angelastet werden. Wie gedenkt der Regierungsrat einer solchen Kommunikation entgegenzuwirken?
- Welche Auswirkungen auf die Raumentwicklung „Unteres Reusstal“ hat dieser Entscheid?
- Welche Folgen bringt ein Jahr Verzögerung?
- Trifft es zu, dass die steuerlichen Vorteile von einem Schweizer Unternehmen gegenüber einem Gemischtunternehmen so relevant sind?
- Wie pflegt der Regierungsrat den Kontakt mit den Urner Parlamentariern in Bern und was unternimmt er gegenüber solchem Gebaren?

Wir danken Ihnen für Ihre baldmöglichste Stellungnahme.

Altdorf, 18. September 2006

Erstunterzeichner

Zweitunterzeichnerin

Tumasch Cathomen

Hedy Kempf-Föhn